

LEITARTIKEL

Scholz speist mit dem Helfer der Hamas

Die Energiepartnerschaft mit Katar abzuschließen, war ein fataler Fehler der Bundesregierung

Den Hamas-Terror gegen Israel hatte Bundeskanzler Olaf Scholz am Morgen im Bundestag noch verurteilt und Israel abermals unverbrüchliche Solidarität zugesichert: „In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz: den Platz an der Seite Israels.“ Wenige Stunden später nahm er beim Mittagessen an der Seite des Hauptsponsors der Terrormiliz Platz, dem Emir von Katar.

Ausgerechnet jetzt, ausgerechnet Katar. Das Land ist Zufluchtsort für hochrangige Hamas-Funktionäre und schickte in den vergangenen Jahren Hunderte Millionen Euro an die Terrormiliz in Gaza. Für rein humanitäre Zwecke, wie katarische Stellen beteuerten, für Straßen, Wohnhäuser und Gehälter von Beamten. Dass viele katarische Millionen in die Herstellung von Raketen, geheime Tunnel und Komman-



SVEN CHRISTIAN SCHOLZ
ksta-politik@kstamedien.de

dass Katar größter Finanzier der Hamas-Terroristen ist. Trotzdem hat dies die Bundesregierung nicht davon abgehalten, eine Energiepartnerschaft mit Katar abzuschließen. Ein fataler Fehler. Jetzt rächt sich, wenn man mit fragwürdigen Staaten Partnerschaften eingetht. Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten. Staaten, mit denen Deutschland hätte man die Kritik während der WM ernst genommen – nie eine Partnerschaft haben wollte.

Die wertorientierte Außenpolitik muss sich gerade in dieser gegenwärtigen Krise beweisen. Auch Katar hat ganz genau gewusst, auf wen es sich mit Deutschland als Gaskunden einlässt. Ein Land, das seine Werte auch gegenüber Wirtschaftspartnern vertritt und wenn nötig scharfe Kritik übt. Es ist nur richtig, dass sich der Emir viele kritische Fragen gefallen lassen muss, bis ihm der Appetit vergeht.

Wäre die Welt nicht auf Katars Gas angewiesen und ruhte auf der Regierung in Doha nicht die Hoffnung, sie könnte in diesem furchtbaren Krieg irgendwie vermitteln, gäbe es längst Rufe nach Sanktionen. Doch angetrieben von der Hoffnung auf Signale der Entspannung ist der Emir ist in diesen Tagen ein gefragter Mann.

Was Katar tatsächlich erreichen kann, ist ungewiss. In der Vergangenheit störte man sich in Doha auch nicht daran, dass die Hamas mit Anschlägen und Attentaten Israel terrorisierte. Selbst nach dem schwersten Angriff seit Jahrzehnten am Wochenende nahm Katars Regierung die Hamas weiter in Schutz. Die Hoffnung auf Katar als Vermittler könnten sich letztlich als trügerisch erweisen. Derzeit macht die Hamas jedenfalls keine Anstalten, verhandeln zu wollen.

Es ist an der Zeit zu sagen: Wer die Hamas unterstützt, kann kein Partner Deutschlands sein. Das Gas aus Katar, das gerade einmal drei Prozent des deutschen Bedarfs ausmacht, lässt sich bis 2026 auch aus anderen Ländern beschaffen. Wenn Deutschland es ernst mit dem Platz an der Seite Israels meint, muss es den Worten Taten folgen lassen.



Thomas Plaßmann

GASTBEITRAG

Der Angriff wird Israel verändern

Wenn der Krieg gewonnen ist, wird die politische Aufarbeitung beginnen

Als am Samstag um 6.30 Uhr rund um unser Hotel in Tel Aviv die Sirenen heulten und der Krieg ausbrach, war mein erster Gedanke: Die Geschichte wiederholt sich! Genau 50 Jahre vorher hatte der Jom-Kippur-Krieg begonnen, über den ich für den WDR und die ARD berichtet habe. Ganz genau wie 1973 war Israel wieder blind und über- rascht. Kritiker sprachen seinerzeit von der Arroganz der Macht, und heute ist es kaum anders. Das Motto damals wie jetzt: Seid beruhigt, wir haben alles im Griff.

Und ganz genau wie damals muss das Konsequenzen haben. Nach dem Jom-Kippur-Krieg und seiner Aufarbeitung musste das Kabinett von Golda Meir zurücktreten. Diesmal geht das erneute unvorstellbare Versagen der so hochgelobten israelischen Geheimdienste ins Kontor des machtverliebten Dauer-Regierers Benjamin Netanjahu. Die so tief traumatisierte Bevölkerung wird die von ihr als die schlimmste Katastrophe seit dem Holocaust empfundene verheerende Lage nicht hinnehmen.

Netanjahu hat sich schnell in eine Regierung der nationalen Einheit geflüchtet. Das ist in Wahrheit ein Kriegskabinett, in dem nur drei Figuren das Sagen haben: Netanjahu, sein Verteidigungsminister Yoav Gallant und aus der Opposition der frühere Verteidigungsminister Benny Gantz. Die Kontroversen zur Justizreform, die das Land zerrissen haben, wurden auf Eis gelegt. Aber damit sind sie keineswegs erledigt. Zurzeit ist Israel in seiner Trauer und auch seiner Wut auf die brutalen Hamas-Angriffe vereint, wie in früheren Kriegen auch. Erst muss dieser Krieg gewonnen werden, ein vermutlich langer und derzeit unkalkulierbarer, auf jeden Fall aber sehr blutiger Konflikt. Die Geiselnahme von mehr als 100 Menschen, die meisten Zivilisten, ist eine mit militärischen Mitteln kaum lösbare Herausforderung. Und schon jetzt stellt sich die Frage, wie es denn weitergehen soll, wenn die Hamas durch eine Bodenoffensive vernichtet werden soll – das von Netanjahu benannte Kriegsziel. Bleibt die Armee in Gaza? Und wer wird für die mehr als zwei Millionen Menschen sorgen? Unschuldige Zivilisten, die die Hamas seit Jahren rücksichtslos unterdrückt und sie jetzt in ihrem Zynismus vorsätzlich dem israeli-



WERNER SONNE
arbeitete lange als Korrespondent der ARD. Er ist Autor des Buches „Staatsräson? Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet.“

sehen Bombenhagel aussetzt? Keiner will sie haben, der Nachbar Ägypten schon gar nicht. Das ist – jenseits des unsäglichen Leids auf beiden Seiten – die Kernfrage für die Zukunft.

Aber irgendwann wird der Tag der innenpolitischen Abrechnung unvermeidbar kommen – und kommen müssen. Die Bevölkerung, die Tausende von Toten und Verwundeten beklagt, wird es nicht ertragen, wenn die Netanjahu-Regierung erneut versuchen sollte, Millionen Israelis einen Lebensstil aufzuzwingen, den eine Minderheit von etwa 15 Prozent ultra-orthodoxer Gläubiger anstrebt. Eine Wiederbelebung der bisherigen Koalition, die auf so ungeheuerliche Weise die Sicherheit der Nation verschlafen und verspielt hat, ist nicht vorstellbar. Auch wenn der Verlauf des Krieges heute nicht absehbar ist, werden am Ende die innenpolitischen Karten in Israel neu gemischt werden.

Rüstungshilfe als Option

Für unser Land hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag erklärt, dass Deutschland ohne Wenn und Aber an der Seite Israels steht. Dafür hat er ausdrücklich die Unterstützung von Oppositionsführer Friedrich Merz bekommen. In fast jeder Rede wurde erwähnt, dass Israels Sicherheit deutsche Staatsräson ist – ein ebenso weitgehender wie schwieriger Begriff. Denn erneut wird es darauf ankommen, ihn mit Inhalt zu füllen. Eines ist klar: Israel wird weder erwarten noch hinnehmen, dass deutsche Soldaten anrücken. Das israelische Militär will keinerlei Einnischung in seine Operationen. Darüber hinaus allerdings wird sich Israel auf diese Zusage berufen. Im Rüstungsbereich gibt es ohnehin seit Jahren eine intensive Zusammenarbeit. Ob jetzt – wie bereits von den USA begonnen – Munition oder anderes Kriegsgüter auf den Weg gebracht werden wird? Eine Option könnte das sein.

Eines jedenfalls darf nicht passieren: Der Ukraine-Krieg darf nicht sozusagen zum Kollateralschaden des Israel-Konflikts werden. Dafür steht für uns in Europa weiterhin zu viel auf dem Spiel. Die deutsche Politik hat in der letzten Zeit wieder versprochen, in der Welt mehr Verantwortung zu übernehmen. Jetzt zeigt sich, wie groß diese Herausforderung tatsächlich ist.

HINTERGRUND

Streit über Präsidiumsposten für AfD

CDU und CSU lehnen Vorstoß eines Mitglieds ihrer Bundestagsfraktion ab

Die Unionsfraktionsführung hat sich von CDU-Politiker Christoph Ploß nach seinen Äußerungen für die Wahl eines AfD-Bundestagspräsidenten distanziert. „Bundestagspräsidenten werden in freier und geheimer Wahl vom Bundestag gewählt. Alle AfD-Kandidaten haben die dafür erforderliche Mehrheit aus guten Gründen bisher weit verfehlt“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Hendrik Hoppenstedt, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Redaktionsnetzwerk Deutschland).

„Die AfD ist eine mindestens in Teilen rechtsextreme Partei, die unserer Verfassungsordnung feindlich gegenübersteht. Jeder Abgeordnete muss das Für und Wider einer Wahl für sich selber abwägen. Ich unterstütze den Vorschlag

von Christoph Ploß nicht.“ Auch der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, stellte auf Anfrage klar: „Diese Meinung ist nicht die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine solche Frage stellt sich nicht.“

Der Bundestagsabgeordnete Ploß hatte sich in einem Gastbeitrag für den „Stern“ offen für die Wahl eines AfD-Bundestagspräsidenten geäußert. „Die im Deutschen Bundestag inzwischen leider übliche Praxis, die AfD aus dem eigentlich fraktionsübergreifenden Bundestagspräsidium fernzuhalten, erfüllt mich mit Sorge“, schrieb er. Die AfD sei eine „mindestens in Teilen rechtsextreme Partei“. Die Abgeordneten der Partei seien aber demokratisch gewählt. Die parlamentarischen

Minderheitenrechte auszuwählen, berge „die viel größeren Gefahren für unsere Demokratie, als ein einzelnes Mitglied eines Parlamentspräsidiums ihr zufügen könnte.“

Bundestagspräsidentin ist Bärbel Bas von der SPD. Dem Präsidium des Parlaments gehören als Stellvertreterinnen und Stellvertreter zudem Aydan Özoguz (SPD), Yvonne Magwas für CDU und CSU, Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Wolfgang Kubicki (FDP) und Petra Pau (Linke) an. Die AfD ist seit 2017 im Bundestag vertreten, war noch nie Teil des Präsidiums. Ihre Kandidaten verfehlten bislang die erforderliche Mehrheit. Der Bundesverfassungsschutz hat die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft.

ALISHA MENDGEN

KOMMENTAR

Nur eine Frage der Zeit

Der Preis für das Deutschlandticket wird nicht zu halten sein

PETER BERGER

Machen wir uns ehrlich. Der Preis von 49 Euro für das Deutschlandticket wird auf Dauer nicht zu halten sein. Vor allem dann nicht, wenn das Sortiment der sogenannten Resttickets im Regionalverkehr immer teurer wird – beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg im kommenden Jahr um 10,4 Prozent. In einem ersten Schritt.

Natürlich wissen das alle Verkehrspolitiker. Sie wissen auch, dass bei den kommunalen Verkehrsunternehmen und im Regionalverkehr auf der Schiene milliardenschwere Investitionen nötig sind, die alle aus den Regionalisierungsmitteln bezahlt werden müssen, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt.

Deshalb ist es nur eine Frage der Zeit, wann der erste Preisaufschlag kommt. 2024 wohl noch nicht. Darin sind sich der Kanzler, die Ampel und die Ministerpräsidenten einig, weil das nur sieben Monate nach dem von allen gefeierten Start kein gutes Signal für die Verkehrswende wäre.

Und so wird sich auch der Bund irgendwann im Laufe des kommenden Jahres dazu durchringen, die Hälfte auch jener Kosten zu übernehmen, die über das vereinbarte Gesamtbudget von drei Milliarden Euro hinausgehen.

Je teurer das Deutschlandticket, desto höher sind die Erwartungen der Nutzer

Wie es danach weitergeht, haben beide Seiten in der Hand. Je teurer das Deutschlandticket, desto höher sind die Erwartungen der Nutzer. Ob das Angebot in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr so attraktiv ist, dass man dafür 59 oder gar 69 Euro verlangen kann, ist zweifelhaft.

Die Verkehrsverbünde haben nicht ohne Grund aufgeschrien, als der Bund das Ticket durchgedrückt hat. Sie wollten erst die Infrastruktur ausbauen – und danach mit dem Billigticket kommen. Jetzt haben wir es in der Tasche und damit auch Verspätungen, Baustellen, Zugausfälle und Personalmangel eingekauft. Und auf dem Land einen Bus, der dreimal am Tag fährt. Das Deutschlandticket ist ein Anfang. Aber für die Verkehrswende bei weitem nicht genug.



KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont 1, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack, Martin Doidewitz
Geschäftl. Redakteur: Christian Himmeler
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik)
Chefkorrespondent: Joachim Frank
Region: Michael Greuel; Veit Ellerbrock (Head of Digital)
Köln: Tim Attenberger
Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur)
Newsteam: Kendra Stenzel; NRW/Story: Hendrik Geisler, Maria Dolmen; Wirtschaft: Thorsten Breikopf; Sport: Christian Löber; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meysner; Chefredakteur: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberger; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Florian Summerer. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadebeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlags-Geschäftsführer: Mirco Striewski.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 01. Januar 2023 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2332
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Dr. Simon Geisler, Oliver Sieger.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-2191
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de

KOMMENTAR

Gefahr durch die Banden

Organisierte Kriminalität muss hart bekämpft werden

Die Organisierte Kriminalität sorgte in den vergangenen Monaten immer wieder mal für Schlagzeilen – vor allem in Gestalt der sogenannten Clankriminalität. Das hatte mit spektakulären Raubdelikten zu tun, in Berlin oder in Dresden, aber auch mit dem zunehmenden Verfolgungsdruck, den etwa der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul ausübt. Das neue Lagebild zur Organisierten Kriminalität, das die Bundesinnenministerin und



MARKUS DECKER
ksta-politik@kstamedien.de

Ermittlungsverfahren wenig über die Quantität der Delikte. Die Dunkelziffer gilt nämlich ebenfalls als hoch. Und neben der Clankriminalität gibt es die klassische italienische Mafia sowie deutsche Rockerbanden.

Zugleich häufen sich transnationale Kooperationen, nicht zuletzt beim Rauschgifthandel, der stets im Vordergrund steht. Die Gewalt nimmt zu. Allen genannten Gruppen ist gemein, dass sie Regeln und Gesetze verächtlich machen – mit dem Unterschied, dass es die Clans gerne zeigen.

Nein, so weit wie in Teilen Osteuropas, in Belgien oder in den Niederlanden ist es bei uns noch nicht. In den beiden Benelux-Staaten bedrohen OK-Gruppen Richter und Staatsanwälte. Belgiens Justizminister musste sich zwischenzeitlich in einem Safehouse verstecken.

Das beweist: Es geht nicht allein um Geld. Dort, wo es um Geld geht, geht es um Macht. Dass die Organisierte Kriminalität den Staat angreift, kann man freilich auch hier nicht für alle Ewigkeit ausschließen. Deshalb gilt es einmal mehr, den Anfängen zu wehren.

Den Gruppen ist gemein, dass sie Regeln und Gesetze verächtlich machen

der Chef des Bundeskriminalamtes am Donnerstag präsentierten, offenbart die Probleme. Die OK hat viele Gesichter. Und sie muss bekämpft werden.

Zwar hat die Zahl der Ermittlungsverfahren im vorigen Jahr abgenommen. Allerdings bleibt das Niveau hoch. Im Übrigen sagt die Zahl der